

.....

Bearb.:

.....

(Name der Dienststelle)

Telefon:

.....

**Vermerk über die Beratung und Anhörung vor der Zusage der
Umzugskostenvergütung**

Es ist beabsichtigt,

Frau/Herrn

.....

(Name, Vorname, Geb.-Datum)

von

.....

(Dienstort/Dienststelle)

nach

.....

(Dienstort/Dienststelle)

mit Zusage der Umzugskostenvergütung nach § Abs. Nr. BUKG

aus dienstlichen Gründen zu versetzen,

aus Anlass der Verlegung/Auflösung der Beschäftigungsbehörde zu versetzen,

abzuordnen,

einzustellen,

.....

(sonstige Anlässe im Sinne der § 3 oder §4 des BUKG).

Anlässlich der vorbezeichneten beabsichtigten Personalmaßnahme ist die/der vorgenannte Beschäftigte nach Kenntnisnahme des "Merkblattes über Trennungsgeld" auf die Möglichkeiten der Erstattung notwendiger Auslagen in Form der Umzugskostenvergütung hingewiesen worden.

Die Umzugskostenvergütung umfasst gemäß § 5 des Bundesumzugskostengesetzes:

Beförderungsauslagen (§ 6),

Reisekosten (§ 7),

Mietentschädigung (§ 8),

andere Auslagen (§ 9),

Pauschvergütung für sonstige Umzugsauslagen (§ 10).

Die umzugsbezogenen persönlichen und familiären Verhältnisse sind mit der/dem Beschäftigten erörtert worden. Das "Merkblatt über Trennungsgeld" und das "Merkblatt für den Umziehenden" wurde ausgehändigt.

.....

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Bearbeiters)

Erklärung der/des Beschäftigten umseitig.

Erklärung der/des Beschäftigten

Nachdem mir das "Merkblatt über Trennungsgeld" und das "Merkblatt für den Umziehenden" ausgehändigt wurde, erkläre ich nach deren Kenntnisnahme:

Ich bin bereit umzuziehen und mit der Zusage der Umzugskostenvergütung einverstanden.

(Folge: Zusage der UKV wird erteilt.

Bei Wohnungsmangel am neuen Dienstort einschließlich seines Einzugsgebietes:

Trennungsgeld, Reisebeihilfen für Familienheimfahrten bis zum Umzug und Umzugskostenvergütung).

Ich bin nicht bereit umzuziehen und verzichte unwiderruflich auf die Zusage der Umzugskostenvergütung.

Hinweis: Der Verzicht muss vor Zusage der Umzugskostenvergütung schriftlich erklärt werden; eine nachträgliche Verzichtserklärung ist unwirksam.

(Folge: Zusage der UKV wird nicht erteilt:

- kein Trennungsgeld, keine Reisebeihilfen für Familienheimfahrten,
- nur bei Maßnahmen nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 bis 5 TGV:
 - kein Trennungsgeld, aber
 - Reisebeihilfen für Familienheimfahrten (§ 5 TGV) für längstens ein Jahr.

Ich bin zur Zeit aus nachstehenden persönlichen bzw. familiären Gründen gehindert, an den neuen Dienstort umzuziehen (ggf. gesondertes Blatt):

.....
.....
.....
.....

(Folge Zusage der UKV wird erteilt. Sofern ein Umzugshinderungsgrund gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 bis 5 TGV vorliegt und dieser als solcher anerkannt wird: Trennungsgeld und Reisebeihilfen für Familienheimfahrten bis zum Umzug und Umzugskostenvergütung).

Ich bin nicht bereit, an den neuen Dienstort umzuziehen.

(Folge: Zusage der UKV wird erteilt. Kein Trennungsgeld, keine Reisebeihilfen für Familienheimfahrten.

Vergütung der Umzugskosten für den Fall eines späteren Umzuges innerhalb von fünf Jahren).

Nur für Bedienstete, die im Zeitpunkt des Dienstortwechsels aus Anlass der Verlegung/Auflösung ihrer Beschäftigungsbehörde bis zum Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze nur noch eine Dienstzeit von nicht mehr als drei Jahren haben:

Ich bitte aus Altersgründen, die Zusage der Umzugskostenvergütung nicht zu erteilen.

(Folge bei Anerkennung dieses persönlichen Hinderungsgrundes:

Zusage der UKV wird nicht erteilt, Trennungsgeld und Reisebeihilfen für Familienheimfahrten für die Dauer der Maßnahme bis zum Ausscheiden aus dem Dienst/Arbeitsverhältnis).

Die aufgezeigten vorgenannten Folgen ergeben sich nur, soweit die weiteren rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind/werden.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift der/des Beschäftigten)

Je eine Ausfertigung dieses Vermerkes/dieser Erklärung

- wird zur Personalakte genommen,
- erhält die/der Beschäftigte.